

**Auszug aus der Niederschrift
über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 18.05.2017**

Zu TOP : 9.8

zur Schulsozialarbeit

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund

Vorlage: AN 0060/2017

Herr Haack begründet den Antrag. Ein klares Bekenntnis der Landesregierung sei notwendig.

Herr Senator Albrecht begrüßt den Antrag. Er berichtet von Gesprächen mit Verantwortlichen des Landkreises Vorpommern-Rügen. Das aktuelle Förderprogramm laufe aus. Für die Jahre 2018 – 2020 wünscht der Landkreis ein klares Bekenntnis von der Hansestadt Stralsund für die Schulsozialarbeit 88.000 € bereitzustellen. Diesbezüglich werde geplant, für die Bürgerschaftssitzung im Juli eine entsprechende Vorlage einzureichen.

Frau Kindler meint, die Bürgerschaft müsse sich zu der Unterstützung der Schulsozialarbeit bekennen. Dennoch halte sie den Antrag für enorm wichtig.

Frau Ehlert unterstützt den Antrag. Sie fordert eine dauerhafte und endgültige Lösung.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0060/2017 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt der Landesregierung mitzuteilen, dass

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund eine kurzfristige Entscheidung zur weiteren Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen erwartet!
2. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund der Meinung ist, dass die Schulsozialarbeit gänzlich in die Hand des Landes gehört und von diesem vorgehalten und finanziert werden muss.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-04-0608

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 29.05.2017